

Bundesarbeitsgemeinschaft



der Freien  
Wohlfahrtspflege



12.03.2012

# Stellungnahme der BAGFW zu den Vorschlägen für Richtlinien des Europäischen Parlamentes und des Rates über die

# Konzessionsvergabe (KOM(2011) 897 endgültig) und über die öffentliche Auftragsvergabe

In der BAGFW arbeiten die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland zusammen und nehmen die Belange von Menschen in sozialen Notlagen ebenso wie die Interessen der Freien Träger von Sozialleistungen wahr. Im Rahmen dieser Arbeit haben die unseren Mitgliedsverbänden angeschlossenen Freien Träger insbesondere im Zusammenhang mit der Erbringung von Arbeitsmarktdienstleistungen nach dem 3. Buch des Sozialgesetzbuches Erfahrungen mit Vergabeverfahren und deren Auswirkungen auf die Leistungsberechtigten gesammelt.

In der BAGFW arbeiten die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland zusammen und nehmen die Belange von Menschen in sozialen Notlagen ebenso wie die Interessen der Freien Träger von Sozialleistungen wahr. Im

Rahmen dieser Arbeit haben die unseren Mitgliedsverbänden  
angeschlossenen

Freien Träger insbesondere im Zusammenhang mit der Erbringung von  
Arbeitsmarktdienstleistungen

nach dem 3. Buch des Sozialgesetzbuches Erfahrungen mit  
Vergabeverfahren und deren Auswirkungen auf die Leistungsberechtigten  
gesammelt.

Aufgrund dieser Erfahrungen hat sich die BAGFW 2011 bereits an der  
Konsultation über die Modernisierung der europäischen Politik im Bereich  
des

öffentlichen Auftragswesens beteiligt. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit der  
Erbringung

sozialer Dienstleistungen nimmt die BAGFW zu einigen Aspekten der  
nunmehr

vorgelegten Richtlinien-Entwürfen wie folgt Stellung:

#### I. Allgemein

Beide Richtlinienvorschläge beinhalten Regelungen, die soziale und  
andere besondere

Dienstleistungen von den allgemeinen Regelungen für Konzessionen  
bzw. Dienstleistungen ausnehmen. Welchen Dienstleistungen bzw.

Vorgängen

diese Ausnahmen zu Gute kommen sollen, definieren insoweit  
übereinstimmend

Anhang X zur RL KOM (2011)897 und Anhang XVI zur RL KOM  
(2011)896/2.

Hierzu gehören Dienstleistungen im Bereich Gesundheits- und  
Sozialwesen, administrative

Dienstleistungen im Bildungs-, Gesundheits- und kulturellen Bereich,  
Dienstleistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen, Beihilfen,

Unterstützungsleistungen

und Zuwendungen, sonstige öffentliche und persönliche Zuwendungen, Dienstleistungen von religiösen und von Arbeitnehmervereinigungen.

Die BAGFW begrüßt diese Ausnahmeregelungen und die deutliche Anerkennung

der Besonderheiten, die das Umfeld für soziale Dienstleistungen prägen.

Die notwendige

Personenbezogenheit von sozialen Dienstleistungen schafft in der Tat

Seite 1 von 7

Rahmenbedingungen, denen das klassische Vergaberecht mit seiner Ausrichtung

auf die Bedarfsdeckung des Auftraggebers nicht hinreichend gerecht wird.

Allerdings sehen wir Klärungsbedarf hinsichtlich der deutschen

Übersetzung der

Richtlinien-Entwürfe: beide Anhänge verwenden in der deutschen

Übersetzung für

den Begriff „social benefits“ die Begriffe "Beihilfen,

Unterstützungsleistungen und

Zuwendungen". Da diese Begriffe im Deutschen in mehreren rechtlichen

Zusammenhängen

verwendet werden und zum Teil stark wettbewerbsrechtlich konnotiert

sind, regen wir insofern eine etwas eindeutigeren Übersetzung (z. B. als

„persönliche

Unterstützungsleistungen“) an.

II.

Vorschlag für Richtlinien des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Konzessionsvergabe (KOM(2011) 897 endgültig)

Der Richtlinienentwurf enthält in Art. 17 eine Sonderregelung für

Konzessionen zur Erbringung sozialer Dienstleistungen. Demnach sollen in diesem Bereich vor allem Bekanntmachungspflichten gelten und die Anwendung des primärrechtlichen Transparenzgrundsatzes sicherstellen.

Zentrales Merkmal von „Dienstleistungskonzessionen“ ist nach der Begriffsbestimmung in Art. 2 Abs. 1 Nr. 7, dass die Gegenleistung des Auftraggebers, im Gegensatz zum „öffentlichen Auftrag“, im „Recht zur Nutzung der vertragsgegenständlichen Dienstleistung“ besteht. Aus Art. 1 Abs. 2 ergibt sich, die Notwendigkeit einer Auswahlentscheidung des öffentlichen Auftraggebers (Buchstabe a) oder der Vergabestelle (Buchstabe b). Damit liegt jeder Konzessionserteilung ein gewisses Ausschließlichkeitsmoment zu Grunde, da in aller Regel nur einer oder mehrere, jedenfalls aber nicht alle Bewerber zum Zuge kommen können.

Nicht als Konzessionen sollen dagegen nach Erwägungsgrund Nr. 6 der Richtlinie „staatliche Handlungen, wie die Erteilung von Genehmigungen oder Lizenzen, in denen der Staat oder eine Behörde die Bedingungen für die Ausübung der Wirtschaftstätigkeiten bestimmt“ gelten. Erwägungsgrund Nr. 22 präzisiert dies für soziale Dienstleistungen, indem klargestellt wird, dass es den Mitgliedstaaten frei stehe, „diese Dienstleistungen selbst zu erbringen oder soziale Dienstleistungen

in einer  
Weise zu organisieren, die nicht mit der Vergabe von Konzessionen  
verbunden ist,  
beispielsweise [...] durch Erteilung von Lizenzen oder Genehmigungen –  
ohne  
Beschränkungen oder Festsetzung von Quoten – für alle  
Wirtschaftsteilnehmer,  
die die [...] vorab festgelegten Kriterien erfüllen“.

In Deutschland werden soziale Dienstleistungen regelmäßig im  
Anwendungsbereich  
des sogenannten sozialrechtlichen Dreiecksverhältnisses erbracht. Dort  
stehen  
sich die staatlichen Leistungsträger, nichtstaatliche Leistungserbringer  
(Dienstleister) und Leistungsberechtigte (Nutzer der Dienstleistung) in  
unterschiedlichen  
Rechtsverhältnissen gegenüber. Besonders deutlich tritt dieses bei  
der Leistungserbringung im Rahmen der Sozialhilfe nach dem 12. Buch  
des Sozialgesetzbuches  
(SGB XII) hervor. Vergleichbare Konstellationen treten im Rahmen  
der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII), der Pflegeversicherung (SGB XI)  
und  
bei der Inanspruchnahme von Krankenpflegeleistungen (SGB V) auf. Im  
Kern angelegt  
ist diese auch für die Grundsicherung für Langzeitarbeitslose (SGB II).

Seite 2 von 7

Das sozialrechtliche Wettbewerbsgeschehen in Deutschland weist dabei  
zwei  
markante Unterschiede zum Wettbewerb im Rahmen der öffentlichen

Ausschreibung

bzw. Konzessionserteilung auf: Zum einen bestimmen die

Leistungserbringer,

ob und wann sie die Initiative für eine Zulassung zur Leistungserbringung

ergreifen. Zum anderen markiert im sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis

der Abschluss

der Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen zwischen den

Leistungserbringern

und dem Sozialhilfeträger den Anfang und nicht den erfolgreichen

Abschluss des Wettbewerbs. Da die Vereinbarungen keinen exklusiven

Charakter

haben, sondern vielmehr eine Anbietervielfalt besteht, treffen die

Leistungsberechtigten

unter den zugelassenen Konkurrenten ihre Auswahl und bestimmen damit

den Wettbewerb. Verglichen mit der öffentlichen Auftragsvergabe bzw.

der Konzessionserteilung

stellt dieses Verfahren die freiheitlichere und flexiblere Form der

Ausgestaltung des Wettbewerbs bei der Erbringung sozialer Dienste dar.

Während

öffentliche Auftragsverfahren regelmäßig zu einer Dominanz des

Preiswettbewerbs

führen, herrscht im sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis ein

Leistungswettbewerb

der Einrichtungen und Dienste um die Leistungsberechtigten.

Aus unserer Sicht sollte folglich die Richtlinie im Zusammenhang mit den

verbindlichen

Begriffsbestimmungen (Art. 2 Abs. 7) ausdrücklich klarstellen, dass

Zulassungsverfahren

die, wie im sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis, allen potentiellen

Dienstleistungserbringern einen allgemeinen Zulassungsanspruch zur Dienstleistungserbringung gewähren, nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen. Mangels exklusiven Charakters der Zulassung, fehlt es im Geltungsbereich des sozialrechtlichen Dreiecks an der für die Konzessionsvergabe typischen Auswahl- und Steuerungsfunktion des Auftraggebers. Vielmehr muss dieser alle Dienstleistungserbringer, die die vorab gesetzlich festgelegten Anforderungen zu erfüllen in der Lage sind, unabhängig von ihrer Rechtsform zur Leistungserbringung zulassen.

Den primärrechtlichen Anforderungen an Transparenz, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung trägt das deutsche Sozialrecht Rechnung. Die BAGFW schlägt deshalb vor, Art. 2 Abs. 1 Nr. 7 um folgenden Satz zu ergänzen:

„Mitgliedstaatliche Verfahren, die darauf beruhen, dass alle Dienstleistungserbringer, die in der Lage sind, die vorab gesetzlich festgelegten Bedingungen zu erfüllen, unabhängig von ihrer Rechtsform zur Leistungserbringung zugelassen werden, gelten nicht als Dienstleistungskonzessionen, soweit dabei den allgemeinen Grundsätzen der Gleichbehandlung, der Transparenz und der Nichtdiskriminierung Rechnung getragen wird.“

Seite 3 von 7

III.

Vorschlag für Richtlinien des Europäischen Parlamentes und des Rates

über die öffentliche Auftragsvergabe (KOM (2011) 896/2)

1. Vereinfachung des Vergabeverfahrens für die Ausschreibung von sozialen Dienstleistungen – Titel III Kapitel 1 Soziale und andere besondere Dienstleistungen

Der Entwurf enthält in seinem Titel III besondere Beschaffungsregelungen für

soziale und andere besondere Dienstleistungen (Kapitel 1). Welche Dienstleistungen

und Sachverhalte dies im Einzelnen betrifft, bestimmt Anhang XVI abschließend

(Art. 74, s. dazu unter I), der die bisherige Unterscheidung in A- und B-Leistungen ablöst. Für diese Dienstleistungen sieht Art. 75 besondere

Bekanntmachungspflichten vor, die gegenüber den allgemeinen Regelungen

zu einer vereinfachten Ankündigung verpflichten, die in jedem Fall aber im Vorfeld

der Auftragsvergabe zu erfolgen hat. Insbesondere enthält allerdings Art. 76 einen ausführlichen Regelungsauftrag an den Gesetzgeber. Soweit dieser

die Erbringung sozialer Dienstleistungen durch freie Träger von einem öffentlichen

Auftrag abhängig macht, muss das dabei zu beachtende Verfahrensrecht einen Ausgleich zwischen den primärrechtlichen Wettbewerbsgrundsätzen und

den Anforderungen des Sozialrechtes schaffen.

Hierzu ist Folgendes anzumerken:

Zu Art. 74 in Verbindung mit Anhang XVI:

Anhang XVI differenziert zwar nach wie vor zwischen Dienstleistungen des

Gesundheits- und Sozialwesens, nennt aber nicht mehr die Arbeits- und die  
Arbeitskräftevermittlung. Ausgehend davon, dass diese besonderen  
Dienstleistungen  
in den Arbeitsbereich der weitgehend über Ausschreibungen operierenden  
Bundesagentur für Arbeit fallen und zudem – parallel zu den bisher  
bereits erlassenen Regelungen zum Beihilferecht – vom weiten Begriff des  
„Sozialwesens“ mit abgedeckt sind, dürfte diese Änderung  
unproblematisch  
sein.  
Fraglich ist hingegen, ob dies auch für Rettungsdienstleistungen gelten  
kann,  
die ihrer Natur nach ebenfalls in den Anwendungsbereich der Art. 74 ff  
fallen  
sollten. Eine weitere Ergänzung halten wir insofern für sinnvoll, als der  
Handlungsbereich  
der Gesetzlichen Krankenkassen nicht allein Dienstleistungen,  
sondern auch die für die Versorgung der Versicherten mit Heil- und  
Hilfsmitteln  
erforderlichen Anschaffungen umfasst. Bei dieser Versorgung zeigt sich,  
dass  
sich insbesondere Hilfsmittel keineswegs stets standardisieren lassen.  
Teilweise  
sind sie individuell anzupassen (Prothesen), teilweise benötigen die  
Versicherten  
bei ihrem Gebrauch eine Unterstützung, die sehr persönlicher Natur ist  
(Inkontinenzhilfsmittel). Aus diesem Grund sollten auch für die  
Anschaffung  
solcher Sachgüter die für die Dienstleistungen vorgesehenen Ausnahmen

zum

Zuge kommen.

Die BAGFW schlägt deshalb vor, Anhang XVI wie folgt zu ergänzen:

Seite 4 von 7

.

Warenlieferungen und Dienstleistungen der gesetzlichen Sozialversicherung.

.

Rettungsdienste

Zu Art. 76

Ausdrücklich begrüßt die BAGFW die Sonderregelung des Art. 76 und die damit

einhergehende Anerkennung der Besonderheiten, die soziale Dienstleistungen

prägen. Art. 76 erteilt den Mitgliedstaaten den Auftrag, die unverzichtbaren primärrechtlichen Garantien der Transparenz und Chancengleichheit

in einer Weise zu verwirklichen, bei der die auszuschreibenden Dienstleistungen ihren Sinn erfüllen und in einer für die eigentlichen Begünstigten

förderlichen Weise erbracht werden können. Insofern bringt dieser Regelungsvorschlag

eine ausdrückliche Absage an ein falsch verstandenes Primat des Verfahrensrechtes über materiell-rechtlich wohl begründete Verfahrenssicherungen

zum Ausdruck und weist den Mitgliedstaaten die Verantwortung für die sozialrechtskonforme Ausgestaltung des Vergaberechts in diesem Bereich

zu.

Allerdings regen wir vor diesem Hintergrund eine Änderung des Abs. 2 an: Dessen Satz 2 stellt es in das Ermessen der Mitgliedstaaten, „die Auswahl der Dienstleister nicht allein auf der Grundlage des Preises für die Erbringung der Dienstleistungen“ zu treffen.

Das eingeräumte Ermessen lässt im Umkehrschluss nach wie vor Regelungen

zu, bei denen der Preis die alleinige Grundlage des Dienstleisters bildet.

Eine

solche Regelung ließe sämtliche Vorkehrungen für eine sozialgerechte Auftragsvergabe

leerlaufen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Qualitätssicherung bei der Auftragsvergabe maßgeblich von einer Bieter-Auswahl

aufgrund einer Preis-Leistungs-Analyse abhängt, wie sie das bestehende deutsche Vergaberecht als alleiniges Kriterium vorschreibt. Da sich in der Praxis

aber auch diese Einschränkung umgehen lässt, haben zahlreiche Anbieter von sozialen Dienstleistungen mehrfach Erfahrungen mit reinen Preiswettbewerben

sammeln müssen. All diesen Erfahrungen ist die nahezu völlige Vernachlässigung

der mit der ausgeschriebenen Leistung einhergehenden Qualitätsaspekte gemeinsam.

Die Vergaberechtsreform kann ihren Anspruch, Vergabeverfahren strategisch

einzusetzen und bei der Ausschreibung von sozialen Dienstleistungen deren

Qualität sicherzustellen, nur einlösen, wenn die Preisvorstellungen eines Bieters

allein in Relation zu der angebotenen Leistung zum Tragen kommen.

Damit die wichtige Sonderregelung für soziale Dienstleistungen in sich folgerichtig

und vor Umgehungen geschützt bleibt, bittet die BAGFW um folgende Formulierung des Art. 76 Abs. 2 Satz 2:

„Sie schließen aus, dass die Auswahl der Dienstleister allein auf der Grundlage des Preises für die Erbringung der Dienstleistungen getroffen wird.“

Seite 5 von 7

## 2. Strategische Vergabe

Der Entwurf der Vergaberechtsmodernisierungs-Richtlinie verbindet diese Reform

mit der Erwartung, dass Vergabeverfahren gezielt als Gestaltungsmittel bei der Verwirklichung von politischen Zielen der EU zum Tragen kommen. Unmittelbar verbindet sich damit die Ausrichtung auf die Strategie Europa 2020.

Grundsätzlich beschreibt diese Erwartung aber eine Realität, die sich unabhängig

von der jeweiligen Zielsetzung beobachten lässt: Mit

Beschaffungsentscheidungen

kann die öffentliche Hand Zeichen setzen bzw. bestimmte

Leistungskonzepte unterstützen. Von daher dient es der Transparenz, wenn der

Entwurf diese Realität nicht nur abbildet, sondern ihn mit expliziten Regelungen

wie Art. 17 (vorbehaltene Aufträge zugunsten von Werkstätten für

Menschen

mit Behinderung oder Beschäftigungsbetriebe) auch nachvollziehbar macht.

Die BAGFW begrüßt, dass der Richtlinienentwurf die bisherigen

Bestimmungen

zur Zulassung von vergabefremden Kriterien bestätigt (Art. 70) und die

Einhaltung

sozial- und arbeitsrechtlicher Verpflichtungen durchgängig zur

Voraussetzung

für den Zuschlag macht (Art. 54 Abs. 2 und 55 Abs. 2 und 3, Art. 69 Abs.

4). Insofern unterstreicht sie zu Recht, dass sich die soziale

Verantwortlichkeit

eines Bieters gerade auch in der Einhaltung seiner sozial- und

arbeitsrechtlichen

Verpflichtung als Arbeitgeber zum Ausdruck kommt und sich ein Verstoß

in dieser Beziehung auch nicht durch anderweitige Konzepte

„kompensieren“

lässt.

Vor diesem Hintergrund erscheint es allerdings nicht nachvollziehbar, dass

Art.

66 Abs. 1 das Zuschlagskriterium der günstigsten Kosten (Buchst. b)

gleichberechtigt

neben dem Kriterium des wirtschaftlich günstigsten Angebotes (Buchst.

a) zulässt. Eine Vergabeentscheidung, die allein die Kosten zu Grunde legt

anstatt

auf ein ausgewogenes wirtschaftliches Verhältnis von angebotener

Leistung

zu den voraussichtlichen Kosten abzustellen, läuft zwingend auf einen

reinen Preiswettbewerb zu. Denn ohne ein ergänzendes Kriterium für die

Beurteilung,

was in diesem Sinne „günstig“ ist, kommt es im Rahmen des Buchst. b allein auf die Höhe des Preises an.

Solange die Richtlinie es in das Ermessen der Auftraggeber stellt, den Zuschlag

allein von den Kosten abhängig zu machen, stellt sie auch ihre Vorkehrungen

zur sozialen Verantwortlichkeit des Beschaffungswesens in das Belieben der

Auftraggeber. Es ist dann aber zu befürchten, dass Erwägungen zu einem sozial-

und umweltgerechten Beschaffungswesen hinter kurzfristigen Budgeterwägungen

zurückgestellt werden. Insbesondere ist dann auch der Anspruch des Richtlinienvorschlages hinfällig, die Beachtung dieser Gesichtspunkte gerade in

Zeiten finanzieller Schwierigkeiten zu stärken.

Aus diesem Grund fordert die BAGFW nachdrücklich, auf das in Buchst. b genannte

Zuschlagskriterium zu verzichten und allein auf das wirtschaftlich günstigste

Angebot (Buchst. a) abzustellen.

Seite 6 von 7

Wenn dies gewährleistet ist, erscheint es durchaus ausreichend, dass der Richtlinienentwurf, die Öffnung der Zuschlagsentscheidung und besondere Anforderungen

an die Auftragsausführung eng an den konkreten Auftrag bindet

und von der Einbeziehung der gesamten Lieferkette in die Anforderungen

absieht.

Da diese inhaltlichen Erweiterungen stets im Ermessen der Auftraggeber stehen, müssen sie für die Beteiligten beherrschbar sein. Zu weitgehende Anforderungen

würden falsche Zeichen und Anreize setzen. Zum einen würde dies die nach wie vor bestehenden Vorbehalte gegen diese inhaltliche Ausrichtung

bestärken. Zum anderen würden unverhältnismäßige Anforderungen an den Nachweis einer insgesamt unbedenklichen Beschaffungskette namentlich

kleine und mittlere Bieter überfordern.

Die BAGFW schlägt deshalb folgenden Wortlaut für Art. 66 Abs. 1 vor:

„Unbeschadet der für die Vergütung bestimmter Dienstleistungen geltenden

einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erhält

das wirtschaftlich günstigste Angebot den Zuschlag. Der öffentliche

Auftraggeber kann das zu ermittelnde Preis-Leistungsverhältnis aufgrund eines Lebenszyklus-Kostenansatzes gemäß der Bedingungen

von Artikel 67 ermitteln.“

---

## Dateien

2012\_03\_12\_BAGFW\_StN\_oeffAuftragsvergabe.pdf 61 KB

## Veröffentlichungen

[Detailseite Ehrentag](#)

[Aktuelle Meldungen](#)

[Stellungnahmen/Positionen](#)

[Stellungnahmen 2025](#)

[Pressemitteilungen](#)

[Publikationen](#)

[Statistik 2020](#)